Die Verbandsgemeindeverwaltung Enkenbach-Alsenborn hat zu wenig Personal: Dies ist das Ergebnis der Analyse, die die Kommunalberatung erstellt hat. Damit liegt der Personalbedarf in Enkenbach-Alsenborn mit großem Abstand über dem vergleichbarer Verbandsgemeinden. Die Verwaltungsspitze im Rathaus fühlt sich bestätigt, einige Ratsmitglieder sind verwundert.

VON GUNDULA ZILM

ENKENBACH-ALSENBORN. Immer wieder wurde in letzter Zeit in der Verwaltung Enkenbach-Alsenborn der Ruf laut, dass das vorhandene Personal mit den Aufgaben überfordert ist. Besonders nach der Eingliederung der VG Hochspeyer und der dadurch nötigen Umstrukturierung kam es zu Anzeichen, dass die Arbeit nicht optimal läuft, vieles im Rückstand ist.

Deshalb hat die Verwaltung eine Personalbedarfsanalyse bei der Kommunalberatung Rheinland-Pfalz in Auftrag gegeben. Das nun vorliegende Ergebnis sorgte – zumindest bei den Skeptikern – für Überraschung: Der derzeitige, schon weit über dem sogenannten Regelbedarf liegende Personalstand, ist nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar noch viel zu niedrig.

Zu diesem Ergebnis kam Tanja Harlos von der Kommunalberatung, die die Bedarfsanalyse in mühevoller Kleinstarbeit zusammen mit der Verwaltung erstellt hat. Sie stellte die Analyse am Dienstagabend dem Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde vor.

Grundlage der Analyse ist das Gutachten des Landesrechnungshofes aus dem Jahr 2016. Einbezogen wurde nur die Kernverwaltung, „also nicht Mitarbeiter der Werke, des Bauhofs, Reinigungskräfte oder Betreuungskräfte in Schulen und Kitas", zählte Harlos auf. 75 Stellen habe die Verbandsgemeindeverwaltung, „zum Stichtag 1. Januar 2019 waren 70,05 besetzt", nannte sie die Ausgangslage.

Dem gegenüber steht laut Rechnungshofgutachten der Regelbedarf, der sich nach der Einwohnergröße bemisst: Für die 19.557 starke VG Enkenbach-Alsenborn sind dies 46,97 Stellen. Allein daran gemessen hätte die Verwaltung also derzeit 23 Stellen zu viel.

Doch im nächsten Schritt hat Harlos detailliert überprüft, ob die VG wegen besonderer Eigenheiten einen Mehrbedarf hat. Beispielsweise die Eingliederung 2014, Fortbildungen, Langzeitkrankheitsfälle, Rückstände in der Finanzabteilung, der Gewerbepark Sembach, Vega-Net GmbH und Breitband-Anstalt lösen laut Harlos einen Mehrbedarf aus, der sich letztlich auf 32,59 Stellen summiert. „11,07 davon sind temporär, zum Beispiel fusionsbedingt," ergänzte Harlos, „7,81 sind für Dienstleistungen für Werke und Dritte."

Endlich herrscht Klarheit beim Personalbedarf in der Verwaltung Enkenbach-Alsenborn. FOTO: VIEW

Den Regel- und Mehrbedarf addiert hat die Verwaltung also einen Personalbedarf von 79,54 Stellen – und damit derzeit eine Unterbesetzung von 9,49 Stellen, lautet das Fazit der Analyse.

Überrascht von diesem Ergebnis ist Thomas Wansch, SPD-Fraktionsvorsitzender und bekennender Verfechter der Position, dass die VG zu viel statt zu wenig Personal habe. Dies macht er vor allem an Vergleichen mit anderen Verwaltungen fest. „Ein Mehrbedarf von über 30 Stellen: Mir ist keine andere Verwaltung bekannt, die soviel Mehrbedarf hat!", zeigte er seine Verwunderung in der Sitzung. Gegenüber der RHEINPFALZ meint er, dass „hier sehr großzügig gerechnet wurde".

Eine ganze Stelle vorsorglich für die Koordination in Krankheitsfällen von Erzieherinnen und Betreuungskräften vorzuhalten, verwunderte Wansch beispielsweise; dies habe er im Rechnungshof-Gutachten nicht gefunden. Auch die Stelle für Asylbewerberbetreuung ließ ihn aufhorchen: „Der Landkreis sagt, wir sind für die Betreuung zuständig, die VG sagt, wir machen das. Wenn Ihre Berechnung zutreffend ist, hat uns der Landkreis bei der Zustimmung zu der Mittelvergabe über den Tisch gezogen", meinte das Kreistagsmitglied Wansch.

Dass Fortbildung zu Mehrbedarf führe, kenne der ehemalige Schulleiter Hartwig Pulver (SPD) von seiner damaligen Dienststelle nicht, sagte er. Seine Fraktionskollegin Monika Rettig hingegen bekundete, dass in der VG einiges zusammengekommen sei, „Eingliederung, Rückstände in der Finanzabteilung, Asyl ...", und deswegen „sollten wir unser Personal nicht verheizen".

Wenn die Leitungsfunktion immer wieder mit Mehrbedarf ausgestattet sei, „bedeutet dies, dass wir unsere Organisation auf den Prüfstand stellen müssen? ", ließ Wansch nicht locker. „Braucht zum Beispiel unsere recht flache Hierarchie eine weitere Ebene, damit die Abteilungsleiter entlastet werden?" Und Pulver schob hinterher: „Die Eingliederung war im wesentlichen eine additive Zusammenführung: Müssen wir die Aufgabenverteilung ändern, um Synergieeffekte zu erreichen?"

Der Erste Beigeordnete Jürgen Wenzel (CDU), der – ebenso wie Bürgermeister Andreas Alter (SPD) – stets mehr Personal forderte und sich durch die Bedarfsanalyse nun bestätigt fühlte, stellte abschließend den Stellenplan 2019 mit den temporärem Mehrbedarfen vor. Auch wenn es kurz Einwände gab – Gerhard Penner (FWG) beispielsweise wollte die 1,5 Stellen als Ersatz für Langzeitkranke ganz streichen –, beschloss der Ausschuss letztlich einstimmig, den Stellenplan um die errechneten 9,49 Stellen anzupassen.

KOMMENTAR

Herausragend

VON GUNDULA ZILM

Die Analyse ist mehr als eindeutig. Doch gerade im Vergleich zu anderen Verbandsgemeinden sollten weitere Überlegungen erlaubt sein.

Da hat sich sicherlich nicht nur Thomas Wansch die Augen gerieben: Die vergleichsweise gut ausgestattete Verwaltung Enkenbach-Alsenborn ist unterbesetzt. Nicht nur um ein, zwei Stellen. Sondern um 9,5.

Dass sie über 32 Stellen mehr als den Regelbedarf hat, ist schon eine Hausnummer. Damit hat sie knapp 70 (!) Prozent – exakt 69,42 Prozent – mehr Personalbedarf als der Rechnungshof als Richtschnur ausgibt.

Die Kommunalberaterin hat eine derart detaillierte Analyse aufgestellt, mit Tausenden von Zahlen in Hunderten von Kolonnen, dass man diese gar nicht anzuzweifeln wagt. Unzählige kleine Posten mit zwei Nachkommastellen summieren sich so auf 32,59 Stellen. Eine Summe, die sie selbst überrascht habe, wie sie sagte. Ein Zweifel hier oder da brächte diese Zahl nicht merklich zum Schmelzen. Die Skeptiker sind also eines Besseren belehrt. Und die Rufer nach mehr Personal können sich bestätigt zurücklehnen.

Doch ist es wirklich so einfach? Der krasse Unterschied zu anderen Verbandsgemeinden sollte aufhorchen lassen: Die fusionierte VG Otterbach-Otterberg liegt mit knapp 52 Stellen laut Gutachten 1,5 Stellen über dem Regelbedarf, Landstuhl mit knapp 51 um 3,6 Stellen drüber.

Ketzerische Mäuler könnten behaupten, die Verwaltung selbst habe ja zugearbeitet und Zahlen geliefert. Aber vielleicht sollte man, konstruktiv gedacht, eher fragen, ob die Organisation eine Änderung bedürfe. Denn schließlich sollten ja Synergieeffekte nach Zusammenschluss das Ziel sein.